

3 Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2009 (Nachtragshaushaltsgesetz 2009)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/8650

Änderungsantrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/8934

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 14/8886

Entschließungsantrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/8923

In Verbindung mit:

Gesetz zur Umsetzung des Zukunftsinvestitionsgesetzes in Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/8644

Änderungsantrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/8945

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 14/8887

zweite Lesung
dritte Lesung

Ich eröffne die Beratung und erteile für die Fraktion der Christdemokraten Herrn Kollegen Klein das Wort.

Volkmar Klein (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir sind am Ende einer sehr komprimierten Beratung dieses Nachtragshaushaltsplans angelangt.

(Zuruf von der SPD: Sie hätten den zweiten Satz ruhig weglassen können!)

Es ist gut, dass darüber so schnell eine Beschlussfassung möglich ist. Es ist auch gut, die entsprechenden Maßnahmen aus dem Konjunkturpaket möglichst schnell in die Wirklichkeit umsetzen zu können.

Bitter ist durchaus, dass wir mit diesem Nachtragshaushaltsplan krisenbedingt eine deutlich höhere Neuverschuldung beschließen müssen. Auf der anderen Seite steckt darin natürlich aber auch die erfreuliche Bestätigung, dass wir aufgrund der er-

folgreichen Konsolidierungspolitik der letzten Jahre überhaupt in die Lage versetzt worden sind, auf diese Art reagieren zu können.

(Ewald Groth [GRÜNE]: Den Zahn ziehe ich euch gleich noch!)

Es stimmt: In diesem Nachtragshaushaltsplan steckt eine zusätzliche Kreditaufnahme in Höhe von 2,644 Milliarden €. Darauf wird Herr Kollege Groth gleich noch intensiv hinweisen, und insoweit ist das richtig, was er gleich sagen wird.

Dies sind aber steuerbedingte Einnahmeausfälle in Höhe von 2,26 Milliarden €. Das sind steuerbedingte Mehrausgaben: Der Familienlastenausgleich, der Länderfinanzausgleich mit 245 Millionen € und weitere konjunkturbedingte Mehrausgaben in Höhe von 140 Millionen € verursachen diese zusätzliche Neuverschuldung. Ich will aber noch einmal in Erinnerung rufen, dass die „normalen“ Mehrausgaben, die sich bis zum Nachtragshaushaltsplan entwickelt haben, bisher immer durch Einsparungen finanziert wurden und dies selbstverständlich auch diesmal der Fall ist. Das war schon in den vergangenen Jahren guter Brauch.

Trotzdem bleibt eine Nettokreditaufnahme in Höhe von 5,6 Milliarden €. Ich füge hinzu: nur. – Zur Endzeit der rot-grünen Regierung haben wir ohne jede Krise, sozusagen im Normalzustand, kontinuierlich wesentlich höhere Neuverschuldungen erlebt.

(Zuruf von Minister Dr. Helmut Linssen – Zurufe von der SPD)

Aufgrund der erfolgreichen Konsolidierungspolitik der vergangenen Jahre haben wir jetzt die Möglichkeit zu diesem Handeln. Die Konsolidierung war erfolgreich. Das können Sie nicht wegre-den.

Schauen Sie sich den Abschluss des vergangenen Jahres an. Ohne die sinnvolle Risikovorsorge im Bankenbereich hätten wir den Haushalt mit einem kleinen Überschuss abgeschlossen, und das innerhalb nur weniger Jahre. In den Jahren 2003, 2004 und 2005 hatten wir dagegen stabile Neuverschuldungen in Höhe von 6,6 bis 6,7 Milliarden €.

(Ewald Groth [GRÜNE]: So kann man sich die Welt schönreden! – Zurufe von SPD und GRÜNEN)

Aufgrund der erfolgreichen Konsolidierungspolitik der Vergangenheit haben wir heute die Möglichkeit, die automatischen Stabilisatoren wirken zu lassen und einfach zu akzeptieren, dass die Neuverschuldung vor dem Hintergrund der Krise jetzt steigt.

Meine Damen und Herren, wenn Sie ehrlich sind – das dürfen Sie als Opposition natürlich nicht sein –,

(Bodo Wißen [SPD]: Wir sind immer ehrlich!)

dann sind Sie doch froh, dass wir mit Helmut Linssen einen Finanzminister haben, der die Sache und

die Finanzen dieses Landes mit seiner Souveränität auch in schwierigen Zeiten im Griff hat.

(Beifall von der CDU – Lachen von Ewald Groth [GRÜNE] – Bodo Wißen [SPD]: Dafür war er aber ziemlich dünnhäutig! – Zuruf von Martin Börschel [SPD])

– Kollege Börschel, wenn Sie sich die Stellungnahmen der Sachverständigen aus der Anhörung vor Augen halten,

(Martin Börschel [SPD]: Ja eben!)

wird bestätigt, was ich Ihnen gerade gesagt habe.

(Ewald Groth [GRÜNE]: Das sind ja Mitternachtsspitzen, Herr Kollege!)

Denn die kommunalen Spitzenverbände haben den Nachtragshaushaltsplan auch aus Sicht der Kommunen gelobt, von kommunalfreundlicher Umsetzung der bundesrechtlichen Vorgaben sowie von unbürokratischer Verwendung der Bundesmittel gesprochen und unterstrichen, dass es ein zusätzliches eigenes Konjunkturprogramm des Landes eher nicht geben sollte. Das RWI hat unterstrichen, dass eine Konjunkturanfurbelung um jeden Preis – also eine noch höhere Neuverschuldung – sicherlich nicht das Richtige wäre. Das sind die Zitate der Experten.

Dann wundert man sich schon ein bisschen über die Pressemeldungen von gestern und vorgestern, die von der haushaltspolitischen Sprecherin der SPD verbreitet worden sind. Das ist Mäkelei oder vielleicht auch eine Negierung der Realität, eine Art Vogel-Strauß-Politik, den Kopf in den Sand zu stecken und die Realität, was um uns herum passiert, überhaupt nicht wahrzunehmen. Das ist natürlich Unfug.

Unser Handeln ist die richtige Reaktion im Sinne des Landes. Es ist die richtige Reaktion im Sinne der Kommunen. Dazu wird gleich mein Kollege Rainer Lux noch einiges sagen.

(Martin Börschel [SPD]: Schon wieder?)

Ich glaube, dass es eigentlich angezeigt wäre, angesichts der Krise zu einer großen Einigkeit zu kommen.

(Ewald Groth [GRÜNE]: So nicht!)

In Bezug auf das gesamte Paket gab es im Haushalts- und Finanzausschuss nicht bei allem eine Ablehnung. Ich würde mich freuen, wenn es jetzt auf eine breite Zustimmung stoßen würde.

Ostern steht für Zuversicht und Perspektive. Das sollten wir den Menschen bieten. Es ist eben nicht so, liebe Frau Kollegin Walsken, dass Ostern die Ostereier im Vordergrund stehen. Sie haben dies aber vielleicht angenommen mit dem Ergebnis, dass Sie vor allen Dingen an Hühner gedacht haben und mit Ihren unsäglichen Pressemitteilungen nur für unsinniges Gegacker im Land sorgen.

(Widerspruch von Carina Gödecke [SPD] – Bodo Wißen [SPD]: Das war nur mäßig witzig!)

Das ist nicht im Interesse unseres Landes. Stimmen Sie diesem Nachtragshaushaltsplanentwurf zu

(Gisela Walsken [SPD]: Ich bin doch nicht verrückt!)

und tun Sie damit das Richtige für unser Land! – Herzlichen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Klein. – Für die SPD-Fraktion spricht Herr Kollege Börschel.

Martin Börschel^{*)} (SPD): Vielen Dank, Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Klein, ich hatte mir schon so etwas gedacht; aber dass Sie so schonungslos offenlegen würden, dass wir heute den 1. April haben, und Ihre Rede diesem Datum derart anpassen, hätte ich doch nicht erwartet.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Zum Nachtragshaushalt und zum Zukunftsinvestitionsgesetz ist in den vergangenen Wochen und bei der Einbringung dieses Nachtragshaushalts schon einiges gesagt worden. Ich kann inhaltlich voll auf das verweisen, was unsere Kolleginnen Walsken und Altenkamp bei der Einbringung ausgeführt haben. Gleich wird auch noch die Kollegin Schulze auf den einen oder anderen Spezialaspekt eingehen.

So viel möchte ich aber doch noch sagen – dabei kann ich nahtlos an Ihre Rede anknüpfen, Herr Kollege Klein: Ihr Nachtragshaushalt legt wirklich schonungslos offen, dass Sie mit der größten Finanz- und Wirtschaftskrise, die es seit den 20er-Jahren des letzten Jahrhunderts gegeben hat, schlichtweg überfordert sind und ziel- und planlos agieren.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Ich fürchte, das muss das Parlament mit einer gewissen Ratlosigkeit zur Kenntnis nehmen.

Sie waren es, die in den vergangenen vier Jahren mit guter Konjunktur und Steuermehreinnahmen von 7,5 Milliarden € keinerlei Vorsorge für schlechte Zeiten getroffen haben.

(Zustimmung von der SPD)

Sie waren das, Herr Kollege Klein, und der von Ihnen gerade so offenkundig fehlerhaft gelobte Minister Linssen. Sie sind von der Krise so völlig falsch und kalt erwischt worden und versuchen nun, sich irgendwie durchzuwurschteln. Das ist gerade noch einmal klar geworden. „Hätte“, „wäre“ und „würde“ sind die Maximen, nach denen Sie jetzt

agieren. „Die Welt hätte so schön aussehen können, wenn sie nicht so wäre, wie sie ist.“ gehört auch dazu. Sie malen sich die Welt, wie Sie sie gerne hätten. Das hat schon einen Zug von selektiver Wahrnehmung. Das muss hier festgehalten werden.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Sie sind es, die einen Rekordschuldenstand des Landes Nordrhein-Westfalen für dieses und das kommende Jahr zu verantworten haben und nicht Rot-Grün oder jemand anderes, sondern Sie, Herr Kollege Klein, mit Ihrer Regierung,

(Zustimmung von Ewald Groth [GRÜNE])

der Ministerpräsident und der Finanzminister. Da kann keine Krise herhalten, kein „hätte“, „wäre“, „wenn“ und „aber“.

(Zustimmung von der SPD)

Sie sind verantwortlich, denn Sie regieren schließlich. Das sollten Sie sich endlich einmal eingestehen.

(Ewald Groth [GRÜNE]: Oder aufhören!)

Sie können sich nicht plötzlich von vermeintlichen Experten Rückendeckung holen. Ich weise übrigens darauf hin: Wenn Sie schon richtige Experten auf Ihrer Seite zitieren wollen, haben Sie eben sicherlich nicht die RWE, sondern das RWI gemeint.

(Beifall von der SPD)

Es ist denkbar, dass ansonsten die RWE Ihr regelmäßiger Gesprächspartner ist und Sie sich die Parolen von denen abholen.

(Ewald Groth [GRÜNE]: Im Siegerland spielt RWE eine größere Rolle!)

Jedenfalls ist doch eines völlig klar: Sie legen eben kein eigenes Konjunkturpaket im Land Nordrhein-Westfalen auf, obwohl andere Bundesländer Ihnen hier doch mit wirklich gutem Beispiel vorangehen.

Der Minister hat noch bei der Einbringungsrede zum Nachtragshaushalt so wortreich versucht, konjunkturelle Impulse, ein Nichtansparen gegen die Krise, zur Maxime zu erheben. Helmut Linssen geriert sich als John Maynard Keynes der Landesregierung. Dieses Bild hat er beim letzten Mal versucht zu zeichnen. Trotzdem sind Sie nicht in der Lage, außer dem, was die Bundesregierung vorgegeben hat, einen eigenen konjunkturellen Impuls zu setzen.

Andere Länder gehen Ihnen mit gutem Beispiel voran, übrigens auch Länder mit Ministerpräsidenten Ihrer eigenen Partei. Aber wahrscheinlich hat Ministerpräsident Rüttgers auch hier die Parole ausgegeben, sicherheitshalber mit höheren Parteifreunden gar nicht mehr zu telefonieren oder zu sprechen.

Herr Ministerpräsident, ich will Ihnen sagen: Sie haben ja recht; Köln ist keine Insel. Aber Nordrhein-Westfalen ist eben auch keine Insel.

(Beifall von der SPD)

Deswegen ist es schon ein bisschen peinlich, dass ausgerechnet das größte Bundesland unserer Republik keinerlei eigenen Konjunkturimpuls setzen will. Das ist ein Jammer und vor allem schlecht, wenn man gegen die Krise agieren will.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Ich möchte zum Nachtragshaushalt noch ein Detail ansprechen, zu dem ich mir heute doch noch Aufklärung und Erklärung erhoffe, da heute die letzte Gelegenheit ist, nämlich die 38 neuen Stellen, die Sie zur Umsetzung des Konjunkturpakets einrichten wollen. Sie sind übrigens mit Kosten von schlappen 1,05 Millionen € pro Jahr verbunden, weil Sie Stellen im gehobenen und höheren Dienst einrichten. Es ist uns zuletzt im Unterausschuss „Personal“ des Haushalts- und Finanzausschusses trotz mehrfacher und beharrlicher Nachfragen nicht gelungen herauszufinden, was es damit eigentlich auf sich hat.

(Ewald Groth [GRÜNE]: Das sind Gefolgsleute!)

Was sollen diese Menschen tun? – Das ist die erste Frage.

Aber vor allem, Herr Minister: Was ist eigentlich aus Ihrem vielgelobten PEM geworden? Warum ist es nicht möglich, die Besetzung aus PEM heraus vorzunehmen? – Da ist es weder den stellvertretenden Regierungssprechern, die sich aus Kreisen der Fraktionen von CDU und FDP zusammensetzen, noch dem Vertreter Ihres Hauses gelungen zu sagen, ob es wirklich neue Stellen sind, wie es im Nachtragshaushaltentwurf steht, ob es in Wahrheit gar keine neue Stellen sind, ob sie doch aus PEM kommen, warum sie nicht aus PEM kommen? Sie sollten die letzte Gelegenheit heute nutzen, da für Aufklärung zu sorgen.

(Ewald Groth [GRÜNE]: 38 neue getreue Parteigänger!)

Zum Zukunftsinvestitionsgesetz: Dieses sollte man hier sicherlich nicht aus den Augen verlieren, denn das ist der eigene Kernpunkt, weswegen Sie den Nachtragshaushalt ursprünglich haben vorlegen wollen, bevor Sie ihn dann noch mit dem einen oder anderen angereichert haben, was uns die Möglichkeit nimmt, dem Nachtragshaushalt heute zuzustimmen. Das wissen Sie, das haben wir Ihnen vorher mitgeteilt.

Wir sind der Bundesregierung sehr dankbar, dass sie unter Federführung von Frank Steinmeier und Peer Steinbrück auch ein zweites Konjunkturpaket auf die Beine gestellt hat. Dass die Landesregierung dieses Paket ordentlich administriert hat, will ich hier

gerne eingestehen. Sie haben das ordentlich administriert und in eine Landesgesetzgebung eingepasst, sodass wir diesem Zukunftsinvestitionsgesetz hier heute auch zustimmen können.

„Ordentlich administriert“ heißt im Zusammenhang mit Ihnen schon einiges, aber eben auch nicht mehr und nicht weniger. Deswegen erfreut uns das mehr als das, was Sie sonst auf die Beine stellen.

(Beifall von der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bin etwas verblüfft, dass der Kommunal- und Innenminister Wolf an dieser Debatte nicht teilnimmt,

(Bodo Wißen [SPD]: Ist doch egal, ob der da ist oder nicht!)

weil der wesentliche Teil dieses Zukunftsinvestitionsgesetzes unter seiner Ägide abzuarbeiten sein wird.

(Bodo Wißen [SPD]: Minister Wolf ist gerade vor Gericht in Münster!)

Es kommt nämlich jetzt, liebe Kolleginnen und Kollegen, entscheidend auf die Bezirksregierungen an, die eben nicht in eine „Prüferitis“ bei der Umsetzung dieses Konjunkturprogramms verfallen dürfen.

(Beifall von der SPD)

Denn der Sinn und Zweck dieser Maßnahme ist, nicht die Krise kaputt zu sparen, sondern durch einen eigenen konjunkturellen Impuls insbesondere den lokalen und regionalen Mittelstand so zu fördern, dass er in die Lage versetzt wird, weiterhin Arbeitsplätze anzubieten, keine Arbeitsplätze abzubauen zu müssen, und insofern Investitionen anzuregen. Von daher ist es kontraproduktiv, wenn Minister Wolf, der es vorzieht, an der Debatte heute fortgesetzt und nachhaltig nicht teilzunehmen, die Kommunen zu großer Vorsicht mahnt.

(Minister Armin Laschet: Sie wiederholen sich!)

Das ist kontraproduktiv. Während andere – das wurde in der letzten Debatte von Rednern der Fraktionen von CDU und FDP zu Recht eingefordert – gerade Schnelligkeit, gerade Unkompliziertheit verlangen, ist es Ihr Kommunalminister Wolf, der hier zu großer und besonderer Vorsicht mahnt. Das ist nicht konsistent und verstärkt die Verunsicherung, die ohnehin schon allorten vorhanden ist. Da ist Minister Wolf eindeutig in der Pflicht; das fordern wir ein.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

In dieses Bild passt übrigens auch der Runderlass des Innenministers von dieser Woche, nach der die Nothaushaltskommunen Vermögenserlöse eben nicht für neue Investitionen verwenden dürfen. Unser Appell lautet hier und heute: Überdenken Sie dies, präzisieren Sie dies zumindest, damit in finanzschwachen Kommunen der konjunkturelle

Impuls nicht verpufft. Das wäre in der Tat dramatisch und ein Fehler.

Der Vollständigkeit halber möchte ich noch auf den Änderungsantrag von SPD und Grünen hinweisen, in dem wir dem Wunsch der kommunalen Spitzenverbände Rechnung tragen, die Finanzmittel in den Kommunen auch als Eigenanteil bei Förderprogrammen des Landes einsetzen zu dürfen. Ich hoffe und gehe davon aus, dass das heute im gesamten Parlament Zustimmung finden wird.

Ich möchte mich zum Schluss auf einen Hinweis konzentrieren, der gerade beim Kollegen Klein schon angeklungen ist, der bei anderen Rednern mit Sicherheit noch folgen wird, nämlich Ihre Mär von kommunalfreundlichem Verhalten.

Der Umstand, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass Sie die 2,133 Milliarden € des Bundes an die Kommunen weiterleiten, können Sie, um Himmels willen, nicht als kommunalfreundliches Verhalten der Landesregierung verklären. Das lassen Ihnen die Menschen, das lassen wir Ihnen nicht durchgehen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Kollege Körfges hatte bei der Einbringung des Gesetzes beim letzten Mal minuziös und auf Punkt und Komma vorgerechnet, dass befürchtet wird, dass Sie sich von den Kommunen mehr Geld zurückholen, als Sie aus Landesmitteln zur Verfügung stellen. Er hat Ihnen auch vorgerechnet, dass Sie seit Ihrem Amtsantritt den Kommunen über 1,8 Milliarden € entzogen haben. Und das ist, liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP und der Landesregierung, eben keine Freundlichkeit, sondern das ist ein Raubzug durch die Kommunen. Dabei bleibt es. Und das muss auch hier gesagt werden, auch wenn es ein Zukunftsinvestitionsgesetz gibt. – Vielen Dank.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Börschel. – Für die FDP-Fraktion hat das Wort Frau Kollegin Freimuth.

Angela Freimuth (FDP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit der für heute vorgesehenen Verabschiedung von Nachtragshaushalt und Umsetzungsgesetz zum Zukunftsinvestitionsgesetz sind mehrere gute Nachrichten und natürlich auch einige etwas schlechtere Nachrichten, Tatsachen und Sachverhalte verbunden.

Wir machen, um angesichts des herrlichen Wetters zu Beginn die positiven Dinge zu erwähnen, mit diesen beiden Gesetzen den Weg frei für Investitionen von über 2,8 Milliarden €, vornehmlich für die Bereiche Bildung und Infrastruktur.

Ich darf mich ganz herzlich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung, bei den Sachverständigen, aber insbesondere bei den Kolleginnen und Kollegen der Opposition bedanken, dass wir in einem zügigen Beratungsverfahren die Verabschiedung des Gesetzes und damit auch die zeitnahe Zurverfügungstellung dieser Investitionsmittel für die Kommunen erreichen konnten.

Meine Damen und Herren, mit der Umsetzung dieser zum Konjunkturpaket II des Bundes gehörenden Maßnahmen des Zukunftsinvestitionsgesetzes für Nordrhein-Westfalen leisten wir auch unseren Beitrag zu einem deutschlandweiten Konjunkturimpuls. Ich gestehe offen, dass ich im Grundsatz bei der Begeisterung für Konjunkturprogramme zurückhaltend bin, weil wir immer vor der grundsätzlichen und selten auflösbaren Problematik stehen, dass wir Investitionen vornehmen, deren Kosten späteren, nachfolgenden Generationen verbleiben.

(Zuruf von Martin Börschel [SPD])

Meine Damen und Herren, deshalb muss man sicherlich ganz präzise nachschauen, ob diese Konjunkturprogramme tatsächlich die gewünschten Impulse bewirken. Ich will ausdrücklich erklären, dass wir den Gesetzentwürfen zustimmen, weil es sich in diesem Falle um echte Investitionen handelt, und zwar für Bereiche, die für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes existenziell wichtig sind, die auch notwendig sind, um unser Land darauf vorzubereiten, in einer sich bald abzeichnenden Phase des Aufschwungs gerüstet und aufgestellt zu sein für die dann in unserer Gesellschaft stattfindenden, notwendigen Entwicklungen.

Die Verabschiedung der beiden Gesetze ist auch ein notwendiges Signal an die Hochschulen und die Krankenhäuser in diesem Land. Die Hochschulen – das wissen Sie – erhalten von den zu verteilenden Mitteln vorab 464 Millionen €, die Krankenhäuser immerhin 170 Millionen € zur Förderung von Forschung und Lehre und zur Vornahme dringend erforderlicher Investitionen in die Infrastruktur.

(Ewald Groth [GRÜNE]: Was ist mit der Trägerneutralität?)

Die Kommunen erhalten von den insgesamt verfügbaren Mitteln von mehr als 2,8 Milliarden € rund 2,4 Milliarden €, und das ist ein Satz von ca. 83 % zur eigenverantwortlichen Verwendung. Damit liegt Nordrhein-Westfalen bundesweit an der Spitze in Sachen Kommunalfreundlichkeit bei der Umsetzung des Konjunkturpaketes.

Bereits in wenigen Tagen wird mit der Auszahlung der Mittel an die Kommunen begonnen werden können. Soweit ich weiß, sind bisher in den meisten Kommunen sehr präzise Planungen erfolgt.

(Rüdiger Sagel [fraktionslos]: Die müssen doch erst Ihre Leute einstellen!)

– Herr Kollege Sagel, von präzisen Planungen haben Sie sowieso noch nie etwas gehört.

(Lothar Hegemann [CDU]: Aber Planwirtschaft kann der!)

Deswegen können wir von einer zügigen und zeitnahen Auftragsvergabe an die Wirtschaft und damit von einer Verbesserung der Situation in unserer Wirtschaft ausgehen.

Ich will auch nicht unerwähnt lassen, dass die sich abzeichnende Änderung – eine Verständigung darauf hat es zwischenzeitlich gegeben – des Art. 104 b des Grundgesetzes im Grundsatz zu begrüßen ist. Denn dann können die Investitionsmittel in krisenhaften Situationen – wie der momentanen – weitaus flexibler auch über rein energetische Sanierungsmaßnahmen von Schulen und Bildungseinrichtungen hinaus verwendet werden.

Herr Kollege Groth hat zum Beispiel hinsichtlich der Investitionsmaßnahmen für die Sportinfrastruktur – genauso wie ich für den Bereich Kultur – im Ausschuss nachgefragt.

(Ewald Groth [GRÜNE]: Was ist mit der Trägerneutralität?)

Meine Damen und Herren, ich möchte kurz den Ausbau der U3-Betreuung und weitere wichtige Beiträge nicht nur zur Verbesserung der frühkindlichen Bildung, sondern auch der Betreuungssituation insgesamt erwähnen, die dazu dienen, qualifizierte Fachkräfte im Arbeitsmarkt halten zu können und ihnen eine Möglichkeit zu geben, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf auch tatsächlich umzusetzen.

Ich räume ein – auch das gehört dazu –, dass es einige Punkte gab, denen wir uns unausweichlich stellen mussten. Das waren beispielsweise die Umsetzung des Bundesverfassungsgerichtsurteils zur Pendlerpauschale und natürlich die Notwendigkeit, aufgrund der zu erwartenden Steuermindereinnahmen die Nettokreditaufnahme auf 5,6 Milliarden € anheben zu müssen. Ich will keinen Hehl daraus machen – das wird für die Kollegen der anderen Fraktionen sicherlich auch gelten –, dass uns diese 5,6 Milliarden € nicht leicht gefallen sind. Uns obliegt eine besondere Verantwortung für diese besondere Bürde.

Meine Damen und Herren, Sie haben immer wieder – auch im Debattenbeitrag von Kollegen Börschel und in anderen Diskussionen ist das immer wieder angesprochen worden – gesagt, wir hätten keine Vorsorge getroffen. – Ich möchte in diesem Zusammenhang darauf verweisen:

Wir speisen den Pensionsfonds jeden Monat mit 500 € pro neu eingestellten Beamten. Wir bauen damit natürlich auch eine Vorsorge auf. Das haben wir hier gemeinsam im Parlament beschlossen. Da war kein politischer Dissens.

(Rüdiger Sagel [fraktionslos]: Alles Schulden!)

– Allerdings blenden Sie, Herr Sagel, sich in Ihrer Erinnerung und Ihrem Selbstverständnis selektiv aus.

Wir haben es gemeinsam auf den Weg gebracht, weil es richtig und alternativlos ist. Wir müssen für die drohenden Pensionsverbindlichkeiten, die heute schon begründet sind, eine Vorsorge treffen

(Rüdiger Sagel [fraktionslos]: Mit Schulden!)

und dürfen das nicht nachfolgenden Generationen und Haushaltsgesetzgebern auferlegen.

Meine Damen und Herren, zu den Punkten Risikoabsicherung, WestLB und Vorsorge für eventuelle Lasten. Wir haben uns hier im Parlament wiederholt und mehrfach darüber ausgetauscht. Es ist doch gerade eine Frage der Vorsorge, dass wir für die bestehenden, aber noch nicht bezifferbaren Risiken, die aus dem Umfeld der WestLB, aus dem Risikoschild und aus dem Finanzmarktstabilisierungsgesetz resultieren, Vorsorge getroffen haben.

(Rüdiger Sagel [fraktionslos]: Was für eine Vorsorge denn?)

Dafür haben wir im Jahr 2008 Gelder in diese Fonds eingespeist.

(Rüdiger Sagel [fraktionslos]: Nur Schulden gemacht!)

Meine Damen und Herren – Herr Sagel, hier schließe ich Sie ausdrücklich aus –, Sie sind doch Kolleginnen und Kollegen, die verantwortungsbewusst, intelligent und lösungsorientiert an die Probleme herangehen. Ich finde es wirklich bedauernswert, dass Sie den Vorwurf, hier sei keine Vorsorge getroffen worden, in dieser Art und Weise erheben. Das trifft die Sache in keiner Weise. Diesen Vorwurf muss ich ausdrücklich zurückweisen. – Vielen Dank.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Kollegin Freimuth. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Herr Kollege Groth.

(Ewald Groth [GRÜNE] geht mit Plakaten zum Rednerpult. – Zuruf: Was hast du denn vor? – Gegenruf von Ewald Groth [GRÜNE]: Das sind meine Redemanuskripte! – Heiterkeit)

Ewald Groth (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ja, ich habe Ihnen ein bisschen was mitgebracht, weil Sie alle nicht mehr so weit gucken können. Das haben Sie ja bewiesen.

(**Vorsitz: Vizepräsidentin Angela Freimuth**)

5,6 Milliarden € neue Schulden sollen heute beschlossen werden, meine Damen und Herren. Absehbar ist allerdings schon heute der nächste Nachtragshaushalt: Herr Finanzminister, im Gefolge der Mai-Steuerschätzung werden Sie weitere Steuerausfälle einrechnen müssen, und dann werden Sie schon den zweiten Nachtragshaushalt für dieses Jahr mit einer noch höheren Neuverschuldung für 2009 einbringen müssen.

(Rüdiger Sagel [fraktionslos]: So ist es!)

„Schuldenminister Linssen“ – so muss man Sie nennen, Herr Linssen. Der Schuldenberg türmt sich dann bald auf 130 Milliarden € auf. Schadenfreude sehe ich weder bei uns Grünen noch bei der SPD. Nein, niemand kann Gefallen am Niedergang des eigenen Landes haben. So geht es jedenfalls nicht.

(Martin Börschel [SPD]: Der Linssen lacht!)

Es ist aber die nüchterne und kalte Beschreibung der blanken Bilanz dieser saft- und kraftlosen Landesregierung, die hier vorgelegt wird.

Dazu gehört aber auch ein Blick in die Zeit der nassforschenden Wahlversprechen, mit denen Sie sich diese Sessel ergaunert haben, meine Damen und Herren,

(Lothar Hegemann [CDU]: Hey!)

und für die Sie jetzt keinerlei Verantwortung übernehmen wollen. CDU und FDP haben damals behauptet, dass man allen alles geben, aber trotzdem noch sparen kann. Diegel und Papke – und damit CDU und FDP – wollten den Leuten weismachen,

(Ralf Witzel [FDP]: Blödsinn!)

dass man volles Weihnachtsgeld und Urlaubsgeld verteilen kann, auf das Wasserentnahmegeld verzichten kann, jedes Jahr per saldo 1.000 neue Polizisten einstellen kann, den Jugendförderplan erhöhen und gleichzeitig bei nicht steigenden Steuereinnahmen die Nettoneuverschuldung auf null setzen kann. Meine Damen und Herren, damit sind Sie an Ihren eigenen Versprechungen gescheitert. Jedes dieser Versprechen haben Sie gebrochen.

(Beifall von den GRÜNEN – Zurufe von CDU und FDP)

Warum sonst haben Sie sich an die Spitze jeder Demonstration zur Durchsetzung dieser Ziele gesetzt und in einer Situation plakatiert, in der es nur knapp 34 Milliarden € Steuereinnahmen gab. Die erwartete Zahl von 112 Milliarden € Schulden haben Sie 2004 und 2005 geißelt. Von 2006 bis Mitte 2008 rühmten sich Linssen und Papke noch dafür, wie toll sie die Nettoneuverschuldung gesenkt hätten. Das haben Sie nicht, meine Herren, überhaupt nicht! Sie haben mehr Geld eingenommen und den Kommunen strukturell 1,3 Milliarden € weggenommen, auch noch geklaut.

(Ralf Witzel [FDP]: Nein! Falsch!)

Sie haben alle kostspieligen Wahlversprechen nicht nur gebrochen, sondern die Situation auch noch verschärft. Siehe Weihnachtsgeld und Beamtenbe-soldung!

Jetzt, da kaum noch einer da ist, um die Verantwor-tung zu übernehmen, wollen Sie sich unschuldig machen. Jetzt soll es alleine die Konjunkturkrise sein, die das Desaster hervorruft. Wie peinlich! Was für ein Schauspiel liefern Sie hier überhaupt, meine Damen und Herren? Verantwortungsvolles Regie-ren sieht aus meiner Sicht ganz anders aus.

(Lothar Hegemann [CDU]: Das ist mir klar!)

Wer sich 2006, 2007 und 2008 für verantwortlich erklärt hat, der ist es auch im Jahr 2009 noch. Über-nehmen Sie die Verantwortung für dieses Desaster! Selbst mit diesem Haushalt planen Sie noch 6 Milliarden € Steuermehreinnahmen und damit mehr ein, als wir sie im Jahr 2004 hatten.

Meine Damen und Herren, ich habe Ihnen ein paar Grafiken mitgebracht, die zwar etwas klein sind, an denen man aber ansehen kann, wie die tatsächli-chen Steuereinnahmen seit dem Jahr 2000 sind. Wenn Sie möchten, kann ich sie Ihnen gerne noch etwas größer zeigen.

(Der Abgeordnete hält ein Plakat hoch.)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Ich darf Sie bitten, das nicht zu tun.

Ewald Groth (GRÜNE): Dann mache ich das in klein. Die Kolleginnen und Kollegen können sich das ja auf meinem Gang in groß anschauen. Ich zeige Ihnen jetzt einmal, was Sie nicht erreicht ha-ben.

(Der Abgeordnete hält ein DIN A4-Blatt hoch.)

Hier sehen Sie, dass Herr Linssen in diesem Jahr noch 6 Milliarden € Steuermehreinnahmen hatte. Im letzten Jahr waren es sogar 8 Milliarden € – das in einem einzigen Haushaltsjahr.

Jetzt zeige ich Ihnen einmal,

(Der Abgeordnete hält ein weiteres DIN A4-Blatt hoch.)

was SPD und Grüne zwischen 2000 und 2005 tat-sächlich erreicht haben, und zwar mit einem richti-gen Sparkurs. Die untere Linie zeigt die Erhöhung der Neuverschuldung, die obere Linie ist das, was es sozusagen an Steuerausfällen gegeben hat. Was wir dort schön bunt – Sie können es auch noch in rot sehen, aber mit Erlaubnis der Präsidentin darf ich es Ihnen nicht zeigen; Sie können es auf mei-nem Gang sehen – haben, ist die Fläche, die das bezeichnet, was wir unter Rot-Grün tatsächlich ohne Mehreinnahmen eingespart haben.

Das summiert sich auf 6,8 Milliarden €, die Rot-Grün tatsächlich herausgequetscht haben. Das war nicht immer einfach. Deshalb konnten die sich ja mit jedem solidarisch erklären, der hier vor dem Haus demonstriert hat. Dann haben Sie alles versprochen und alles gebrochen, meine Damen und Herren.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Es gibt ein weiteres Plakat, das ich Ihnen in groß nicht zeigen darf. Ich zeige es Ihnen hier in klein. Es zeigt das ganze Desaster Ihrer Regierungszeit.

(Der Abgeordnete hält erneut ein DIN A4-Blatt hoch.)

Das sind die Steuereinnahmen, die Sie nicht zur Konsolidierung eingesetzt haben. So geht die Kurve nach unten. Wenn man das in groß zeigt, kann man es mit einem Arm gar nicht mehr erreichen.

(Gisela Walsken [SPD]: Zeigen Sie uns das doch einmal in groß! Das ist so schön!)

– Nein, ich darf nicht. Auf meinem Gang kann man Fotokopien bekommen und das in groß und bunt sehen.

Das sind die Milliardensummen, die Sie nicht zur Konsolidierung eingesetzt haben. So weit zur Vor-sorge! Nichts haben Sie getan, meine Damen und Herren. Sie gehen mit Ihrer Leistungsbilanz ganz schön in den Keller, Herr Linssen. Das ist ein De-saster und eine schlechte Ausgangsbasis für diese Wirtschaftskrise, weil Sie in Zeiten fließender Steu-ereinnahmen nicht gespart haben,

(Gisela Walsken [SPD]: Genau!)

sondern nur mehr Geld ausgegeben und den Rest in die Senkung der Neuverschuldung gesteckt ha-ben. Sie haben jedenfalls nicht gespart.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege Groth, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abge-ordneten Klein?

Ewald Groth (GRÜNE): Ja, aber gerne. Wenn es nicht um RWE geht, ja.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Bitte schön, Herr Kollege Klein.

Volkmar Klein (CDU): Sehr geehrter Herr Kollege Groth, Sie wissen aber doch, dass Sie mit Ihrer Kritik an der Nichteinsetzung der Steuermehrein-nahmen insgesamt automatisch die Aussage ver-binden, dass man nicht den Pflichtanteil an die Kommunen hätte auszahlen sollen. Eine derart kommunalfeindliche Aussage hätte ich Ihnen nicht zugetraut.

(Gisela Walsken [SPD]: Hä?)

Ewald Groth (GRÜNE): Für meine Antwort auf diese Frage werde ich mir lange Zeit lassen, Herr Klein, weil das nicht auf meine Redezeit angerechnet wird. – Herr Kollege Klein, Tatsache ist doch etwas ganz anderes, und das wissen Sie auch: Sie haben den Kommunen bis heute strukturell 1,8 Milliarden € weggenommen und aus den Kommunalhaushalten in den Landeshaushalt überführt. Das kommt zu dem Desaster noch hinzu. Nicht nur, dass Sie nicht sparen können, sondern Sie greifen auch noch in die kommunalen Kassen.

Heute ist der Finanzminister nicht mehr in der Lage, die Landschaftsverbände an der Stelle zu entlasten oder ein eigenes Konjunkturprogramm aus eigenem Landesgeld zu machen. Auch hier gibt es keinen einzigen Euro für ein landeseigenes Konjunkturprogramm – nichts, null. Sie machen nur mehr Schulden. Das schreibe ich Ihnen heute ins Stammbuch, meine Damen und Herren.

Ich zeige Ihnen noch ein viertes Bild, das leider nicht in groß zu sehen ist. Aber Sie haben ja gleich noch die Gelegenheit, sich das draußen anzuschauen.

(Der Abgeordnete hält noch ein DIN A4-Blatt hoch.)

– Das zeigt das Ergebnis als Plus der rot-grünen Regierungszeit. Das haben wir tatsächlich eingespart. Und so geht die Kurve nach unten.

Meine Damen und Herren, Sie werden wieder behaupten, dass sich der Groth das alles wieder nur ausgedacht hat. Aber das sind Zahlen aus Ihrem Haus, Herr Finanzminister.

(Lachen von Minister Dr. Helmut Linssen)

– Das ist überhaupt nicht zum Lachen. Wenn Sie jetzt lachen, lachen Sie sozusagen über sich selbst, weil Sie es eigentlich besser wissen. Wie gesagt: Eine Kurve, die weiter nach unten geht.

Meine Damen und Herren, ich konstatiere: Sie haben bisher freiwillig keinen einzigen Euro für die Belebung der Konjunktur eingesetzt. Sie dokumentieren nur Steuerausfälle. Ihre Handlungsfähigkeit ist in dieser Frage gleich null. Herr Ministerpräsident, in Ihrem Haushalt spiegelt sich nichts wieder, was zur Krisenbewältigung in Nordrhein-Westfalen beitragen könnte. – Bis hier hin vielen Dank meine Damen und Herren!

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Groth.

(Ewald Groth [GRÜNE]: Warum darf Herr Papke ein Plakat hochhalten? Vielleicht können Sie das einmal erklären!)

– Ich habe Sie gebeten, das nicht zu tun, und freundlicherweise sind Sie meiner Bitte gefolgt.

(Ewald Groth [GRÜNE]: Ich habe ja noch einen zweiten Redeteil, Frau Präsidentin!)

An dieser Stelle darf ich insgesamt darauf hinweisen, dass wir nach meinem Verständnis eine mündliche Debatte führen. Ihre DIN A4-Folien haben Sie ja hochgehalten. Es geht um eine Frage der Verhältnismäßigkeit. Ich würde bei jedem anderen Redner ebenso in aller Nachdrücklichkeit die Bitte erheben, hier keine Grafiken in DIN A0 oder DIN A1 zu zeigen.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, nun hat als nächster Redner Herr Minister Linssen das Wort für die Landesregierung. Bitte schön, Herr Minister.

Dr. Helmut Linssen, Finanzminister: Man kann auch ohne Grafiken überzeugen, Herr Pinkwart.

(Martin Börschel [SPD]: Man kann, Herr Minister, man kann!)

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Bevor ich zur Sache spreche, möchte ich an Ihre Fairness appellieren. Herr Börschel, Sie haben mehrmals erwähnt, dass Herr Wolf an der Debatte nicht teilnimmt. Sie müssten eigentlich wissen – sonst sollten Sie sich vorher erkundigen, bevor Sie einen solchen Vorwurf erheben –, dass er sich frühzeitig für die heutige Debatte entschuldigt hat, weil er für den Ministerpräsidenten einen Termin bei der Sportstiftung wahrnimmt. Das sollte man wissen, bevor man hier Attacken reitet.

(Beifall von der CDU – Gisela Walsken [SPD]: Ja, ja, das ist Ihre eigene Geschichte!)

Aber vielleicht liegt es daran, dass man ansonsten in der Sache relativ wenig zu sagen hat; denn das, was Sie zum Nachtragshaushalt vorgetragen haben, weshalb Sie ihm nicht zustimmen, kann niemanden überzeugt haben. Herr Börschel, ich werde gleich auf Ihren Einwand zu sprechen kommen, dass es die 38 Stellen seien, die Sie daran hindern. Dann werden wir sicherlich auch darüber diskutieren.

Meine Damen und Herren, seit Einbringung des Nachtragshaushaltsentwurfs am 4. März dieses Jahres haben sich die Prognosen nicht zum Besseren entwickelt. Am vergangenen Freitag hat die OECD mitgeteilt, dass sie die Konjunkturprognose für ihre 30 Mitgliedstaaten drastisch senken wird. Laut OECD werde die Wirtschaftsleistung in den Industriestaaten in diesem Jahr um 4,2 % schrumpfen. Auch der Internationale Währungsfonds befürchtet, dass die Weltwirtschaft erstmals seit 60 Jahren insgesamt schrumpfen werde. Bisher gab es eine positive Prognose in Höhe von 0,5 %, jetzt wird minus 1 % genannt. Sie kennen sicherlich auch die

Prognose des RWI, das von einer Schrumpfung in Höhe von 4,3 % ausgeht.

Auch zum Thema Steuerschätzungen ist vorhin etwas gesagt worden. Ob wir sie weiter werden herunternehmen müssen, wird die Mai-Steuer-schätzung zeigen. Sie wissen, dass ich vor dem Hintergrund der Zahlen des Bundesfinanzministers einen sehr vorsichtigen Ansatz gewählt habe. Wir werden abwarten müssen, wie es im Mai aussieht.

Wir verabschieden den Nachtragshaushalt also in einer Situation, in der niemand verlässlich sagen kann, wie es am Jahresende aussehen wird. Bei allen Unsicherheiten und Unwägbarkeiten ist es sicherlich richtig, den Nachtragshaushalt auf der Basis der vorliegenden Annahmen, also auch der des Bundes, zu beschließen.

Meine Damen und Herren, es ist zu Recht darauf aufmerksam gemacht worden, dass das Konjunkturpaket II der wesentliche Inhalt dieses Nachtrags ist. Ich gehe davon aus, Sie wissen, was der Münchner Oberbürgermeister Ude zum Vorgehen der nordrhein-westfälischen Landesregierung gesagt hat, dass nämlich die Landesregierung mit diesem Programm geradezu vorbildlich umgegangen ist, weil wir fast 85% an die Kommunen weitergeben.

Die Bundesregierung begründet ihre Ausweitung der Nettoneuverschuldung auf nahezu das Doppelte mit der Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts. Ich darf zitieren, was der Bund als Begründung vorgetragen hat:

Das Vorliegen des Ausnahmetatbestandes eines gestörten gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts ist angesichts der aktuellen Wirtschaftsdaten und der in die Zukunft reichenden Indikatoren eindeutig.

Das weiß sicherlich auch Herr Groth, obwohl er vorhin wieder das Schauspiel der unglaublichen Verschuldung des Landes vorgeführt hat, wozu ich gleich noch ein paar Worte verlieren möchte.

Meine Damen und Herren, mittlerweile, denke ich, ist klar, dass es unproduktiv, geradezu kontraproduktiv wäre, gegen diese Krise anzusparsen. Das hieße nämlich, die Abwärtskräfte zu verstärken; somit würden die Nachfrage und die Wirtschaft insgesamt sicherlich weiter geschwächt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dass das Konjunkturprogramm das richtige Mittel ist – auch für diejenigen, die von Keynes nie viel gehalten haben –, zeigt auch das Zitat des RWI, das ich Ihnen gerne vortragen möchte:

In Deutschland gibt die Finanzpolitik einen kräftigen Impuls. So schätzen wir, dass der Rückgang des BIP durch das Konjunkturpaket II in diesem Jahr um 0,5 Prozentpunkte und 2010 um 0,3 Prozentpunkte gebremst wird.

Herr Groth, Sie beklagen immer wieder: kein eigenes Konjunkturprogramm und die Verschuldung entsteht ja nur ... Ich weiß gar nicht wodurch. Scheinbar auch nicht durch die Umsetzung der Konjunkturprogramme I und II des Bundes.

(Ewald Groth [GRÜNE]: Das stimmt doch! Herr Minister, keine einzige Anstrengung!)

Bei Ihnen hat offensichtlich der Wahlkämpfer Groth über den einigermaßen einsichtigen Finanzpolitiker gesiegt und ihm die Durchsicht etwas vernebelt.

(Ewald Groth [GRÜNE]: Ihre Tage sind gezählt!)

Schauen Sie sich einmal die Effekte an, für die Sie uns schelten, dass wir zum Beispiel den Haushalt in der Gesamtsumme ausgedehnt hätten – so etwas habe ich von Ihnen auch schon gehört – und dass alles, was wir gemacht hätten, ganz furchtbar sei. Wenn Sie sich das ansehen, was wir an Akzenten im Bereich Schule und Kinder schon bei der Einbringung des Haushaltes im Juni 2008 vorgesehen haben, dann werden Sie unschwer erkennen, dass allein in diesen beiden Bereichen – mit dem Hochschulbereich und dem GFG – 700 Millionen € an zusätzlichen Investitionen enthalten sind. Insgesamt – der Ministerpräsident hat es Ihnen oft genug vorgetragen – sind es, wenn Sie zum Beispiel auch die Bürgschaftsrahmendausdehnung einrechnen, über 5 Milliarden €, die dieses Land an eigenen Akzenten für diese Konjunkturkrise bereitstellt.

(Ewald Groth [GRÜNE]: Sie haben auch Steuermehreinnahmen! 6.000 Millionen € an Steuermehreinnahmen!)

Meine Damen und Herren, natürlich steigt durch diese Finanz- und Wirtschaftskrise die Nettoneuverschuldung. Sie ist in drei Schritten gestiegen: Wir hatten den Haushalt eingebracht mit 1,6 Milliarden €, mussten dann mit dem ersten Konjunkturpaket auf 2,64 Milliarden € gehen, und nun liegt Ihnen der Nachtragshaushalt mit der Gesamtverschuldung in Höhe von 5,61 Milliarden € vor.

Herr Groth, Sie können die Charts noch so groß wählen, sie werden dadurch nicht besser; denn die Größe macht es nicht. – Herr Groth, wenn Sie so freundlich wären zuzuhören.

(Ewald Groth [GRÜNE]: Ich kann das! Das ist Multitasking!)

Die Haushaltsvorlage ist natürlich ein bisschen dick und sicherlich keine leichte Kost für jemanden, der ein bisschen polarisieren will und populäre Formulierungen gebraucht wie Sie. Aber wenn Sie sie gelesen haben, werden Sie unschwer erkennen, dass die Nettoneuverschuldungserhöhung allein auf diese konjunkturellen Einbußen bei den Steuereinnahmen und die zusätzlichen Ausgaben zurückzuführen ist. Alles andere haben wir aus Einsparungen an anderer Stelle gegenfinanziert. Das wissen Sie auch; aber es passt natürlich nicht in Ihre Diktion

und auch nicht zu dem, was Sie hier bezwecken wollen.

2,13 Milliarden € aus dem Investitionsprogramm des Bundes erhält das Land Nordrhein-Westfalen, und Land und Kommunen legen noch einmal 711 Millionen € drauf. Allein an der Größenordnung dieses Pakets können Sie sehen, was das Land in dem Zweiten Nachtrag zusätzlich zu verkräften hat.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Minister, entschuldigen Sie, wenn ich Sie unterbreche. Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Groth?

Dr. Helmut Linssen, Finanzminister: Gerne.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Bitte, Herr Kollege Groth.

Ewald Groth (GRÜNE): Herr Minister, weil Sie immer so klug tun und den Eindruck vermitteln wollen, als könnten haushalts- und finanzpolitische Sprecher anderer Fraktionen nicht mal die Haushaltsvorlage lesen – das war wohl gerade die Absicht –, will ich Ihnen eine Frage stellen.

Sie haben im letzten Jahr 8 Milliarden, das sind 8.000 Millionen, und in diesem Jahr 6.000 Millionen, also 6 Milliarden, an Steuermehreinnahmen gehabt. In welchem Verhältnis steht das zu den Mehrausgaben, die Sie gerade genannt haben? Wir haben in der Zeit zurückgehender Steuereinnahmen 6,8 Milliarden tatsächlich eingespart. Da hat es gequitscht. Was tun Sie denn jetzt in so einer Krise? Wo ist Ihr Konzept?

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Gisela Walsken [SPD]: Das ist jetzt ein bisschen schwer für Sie!)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Bitte schön, Herr Minister.

Dr. Helmut Linssen, Finanzminister: Lieber Herr Groth, wenn Sie alle Tabellen, die ich Ihnen übersandt habe, netterweise lesen würden, würden Sie sehen – das ist bisher von Ihnen unwidersprochen geblieben –, dass wir in den Jahren 2006, 2007, 2008, also bis Ende 2008, 92 % der verfügbaren Steuermehreinnahmen zur Rückführung der Nettoneuverschuldung benutzt haben.

(Beifall von Lothar Hegemann [CDU])

Da können Sie ruhig die Milliarde durch 1.000 Millionen erklären; davon wird es auch nicht besser. Soll ich Ihnen einmal sagen, dass Sie in Ihrer glorreichen Regierungszeit – ich nehme mal den Zeitraum 1995 bis 2000 –

(Ewald Groth [GRÜNE]: Den nehmen Sie lieber, das weiß ich!)

trotz steigender Steuereinnahmen eine steigende Nettoneuverschuldung hatten? Sie können hier reden, was Sie wollen. An Ihren Taten werden Sie gemessen und an nichts anderem.

(Beifall von CDU und FDP – Johannes Remmel [GRÜNE]: 2000 bis 2005? – Ewald Groth [GRÜNE]: Das RWI sagt etwas anderes!)

Meine Damen und Herren, ich würde gerne auch ein paar Bemerkungen zu Herrn Börschel machen. Herr Börschel hat erklärt, wir hätten in der Zeit 2006, 2007 und 2008 keinerlei Vorsorge getroffen.

(Gisela Walsken [SPD]: Richtig!)

Sie wissen ganz genau, Herr Börschel – ich nehme an, dass Sie es wissen –, dass wir 2,2 Milliarden allein für Pensionszahlungen, für Finanzmarkt- und Bankrisiken zurückgestellt, also in Fonds angelegt haben.

Wenn dann Frau Walsken in der Presse erklärt: „Die haben keine Vorsorge getroffen“, kann ich Ihnen nur sagen: Bei Ihrem Verhalten, das Sie alleine von 1995 bis 2000 an den Tag gelegt haben, wären sie heute bei weit über 10 Milliarden, also 5 Milliarden über den 5 Milliarden Konjunkturpaket, das heute zur Debatte steht. Denn wir liegen jetzt bei 5,6 und waren vorher praktisch auf null.

(Gisela Walsken [SPD]: Träume!)

Von mir aus nehmen Sie die Zahl 1,1, in die die Reserven noch eingebaut sind – 1,1 Nettoneuverschuldung 2008 gegenüber 6,8 Milliarden, die Sie uns im Jahre 2005 ohne krisenhafte Zuspitzung an Nettoneuverschuldung hinterlassen haben. Das ist Ihre Bilanz. Da Sie 1995 bis 2000 die Nettoneuverschuldung auch nicht gesenkt haben,

(Gisela Walsken [SPD]: Vier Jahre sind Sie schon dran!)

kann ich jetzt nur die konjunkturellen Impulse draufrechnen, und dann wären wir heute bei über 10 Milliarden, wenn Rot-Grün in diesem Lande noch regieren würde.

(Martin Börschel [SPD]: Das ist Schönrechnerei, was Sie machen!)

Ich finde es köstlich, Herr Börschel: Sie loben den Bundesfinanzminister, weil er das Konjunkturpaket aufgelegt hat.

(Gisela Walsken [SPD]: Richtig! Sie haben nichts geschafft!)

Er ist es nicht alleine gewesen. Vor allen Dingen die Länder haben bei der Ausarbeitung ein erhebliches Maß geschultert. Dass wir 33 % aus eigenen Mitteln drauflegen, darf vielleicht auch nicht in Vergessenheit geraten. Sie aber schelten den Finanzminister

dieses Landes wegen der aufgrund der Konjunkturprogramme sicherlich stark auf 5,6 Milliarden gestiegenen Nettoneuverschuldung und lassen Ihren Bundesfinanzminister völlig draußen, der die Verschuldung in drei Schritten gemacht hat: 10 Milliarden in 2008, dann hat er 16 Milliarden vorgelegt, aus denen jetzt 36 Milliarden für 2009 geworden sind, und er hat noch zusätzlich 20 Milliarden in dem Abfinanzierungsfonds.

Liebe Leute, für wie dumm halten Sie eigentlich die Zuhörer und die Betrachter der Szene hier?

(Beifall von Lothar Hegemann [CDU])

Ich will gerne zu dem Entschuldigungsgrund von Herrn Börschel kommen, weshalb er – so habe ich ihn verstanden – den Haushalt nicht mittragen kann.

(Martin Börschel [SPD]: Sie haben mir nicht zugehört, Herr Minister!)

Herr Börschel, 38 Stellen werden neu geschaffen. Wissen Sie, warum die geschaffen werden? Der Grund ist, dass trotz all unserer Bemühungen der Bundesfinanzminister nicht bereit war, ein noch einfacheres Programm der Umsetzung zu wählen,

(Gisela Walsken [SPD]: Sie waren doch beteiligt!)

auf das wir gedrängt haben. All das steht übrigens auf Seite 13 der Haushaltsvorlage. Dort können Sie nachlesen, dass 38 neue Stellen für die Umsetzung des Konjunkturpakets II vorübergehend geschaffen werden, weil wir bestimmte Nachweise gegenüber dem Bund als dem Hauptzahlmeister bringen müssen. Die Stellen sind klar mit Endzeitpunkt versehen, das wissen Sie auch.

(Gisela Walsken [SPD]: Das hatten wir schon mal: kw-Vermerke, Staatskanzlei!)

Davon werden 33 bei den fünf Regierungspräsidenten eingesetzt, fünf in den Ministerien, und zwar einer im Wissenschaftsministerium, einer im Finanzministerium und drei im Innenministerium, weil das die größte Last zu tragen hat, und davon sind noch drei gesperrt. All das wissen Sie. Trotzdem tragen Sie es, weil Sie sonst an dem Haushalt nichts mehr finden können, als Entschuldigungsgrund dafür vor, den Haushalt nicht mittragen zu wollen. Sagen Sie mir bitte, wie wir es einfacher machen sollen!

Ich will Ihnen auch zu Ihrer Frage zu PEM gerne eine Antwort geben. PEM wird das dort befindliche Personal natürlich auf seine Verwendbarkeit für die neue Aufgabe prüfen und bei positivem Ergebnis dafür einsetzen. Fakt ist aber: Diese Personen sitzen natürlich auf kw-Stellen – Sie kennen die: künftig wegfallend –, und die sind sofort fällig. Das wissen Sie auch. Also geht es um eine zeitlich befristete neue Aufgabe, für die die Stellenführung notwendigerweise herzustellen ist. Das ist das ganze Ge-

heimnis. Damit glaube ich auch Ihre Frage zum PEM ausreichend beantwortet zu haben.

(Martin Börschel [SPD]: Das heißt, Sie machen befristete Verträge?)

Weil auch danach gefragt wurde, will ich gerne noch etwas dazu sagen, wie weit die Vereinbarungen mit dem Zukunftsinvestitionsgesetz gediehen sind. Die Verwaltungsvereinbarung – das war ja vor allen Dingen das noch Strittige – ist vom Bund noch nicht unterschrieben worden, weil zwei Länder sie offensichtlich noch nicht unterzeichnet haben. Ich gehe davon aus, dass das in den nächsten Tagen der Fall sein wird.

Meine Damen und Herren, ich werde nicht müde, auch um Ihr Verständnis, vielleicht sogar Ihre Zustimmung für die Schuldenbremse zu werben, die wir mit der Föderalismuskommission II – die Länder mit den Bundestagsfraktionen und der Bundesregierung sowie den Vertretern der kommunalen Ebene – nunmehr in Berlin geschaffen haben. Darüber werden wir uns in diesem Hause intensiv unterhalten müssen.

Ich hoffe, dass Sie mitgehen; denn wenn wir jetzt so viel Geld ausgeben und so keynesianisch reagieren, müssen wir aus den letzten 40 Jahren gelernt haben – im Grunde geht es ja seit 1968 so –, dass wir in guten Zeiten dann tatsächlich auch eine Schuldenbremse einziehen müssen. Wenn wir das gemeinsam tun, haben wir gerade im Interesse der nachwachsenden Generation viel erreicht. – Herzlichen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Minister. – Als nächste Rednerin hat Frau Kollegin Schulze für die Fraktion der SPD das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Svenja Schulze (SPD): Meine Damen und Herren! Herr Minister Linssen, Sie haben uns hier gerade eine neue Nachricht mitgeteilt. Sie haben nämlich gesagt, dass die 38 Stellen, die Sie jetzt in den Haushalt einbringen wollen, neue Stellen sind. Das haben Sie hier soeben erstmals erwähnt. Im Fachausschuss – das kann man sehr genau nachlesen – haben Sie behauptet, das seien keine neuen Stellen.

(Minister Dr. Helmut Linssen: Habe ich etwas behauptet?)

Jetzt behaupten Sie hier, das seien Stellen, die Sie neu einbringen müssten, weil sie über den Bund kämen.

(Zuruf von Minister Dr. Helmut Linssen – Gegenruf von Gisela Walsken [SPD])

Im Fachausschuss haben Sie also die Meinung geäußert, das seien keine neuen Stellen. Hier äu-

ßern Sie die Meinung, es seien neue Stellen. Es ist ja schön, den Unterschied wenigstens hier im Parlament noch einmal zu hören.

(Ewald Groth [GRÜNE]: Angeblich verhandelt er ja auch mit der Helaba!)

Dieses Spiel kennen wir aber auch. Beim Regierungsantritt haben Sie das schon einmal gemacht. Damals haben Sie uns gesagt, die 70 neuen Stellen seien nur befristet eingerichtet worden. Dann wurden sie entfristet. Heute sind sie ganz normal im Haushalt zu finden.

Herr Minister, sagen Sie es doch einfach so, wie es ist. 38 neue Stellen – das ist die Wahlkampfverstärkung, die Sie nach den 70 Stellen jetzt noch brauchen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Ich will mir aber auch einmal die Gegenfinanzierung ansehen, die Sie hier so gelobt haben. Dafür haben Sie sich ja eben gerühmt. Schauen wir doch einmal ganz genau hin, womit denn gegenfinanziert wird. CDU und FDP wollen mit dem Nachtragshaushalt einen Teil des Tafelsilbers von Nordrhein-Westfalen verkaufen. Sie wollen den Wald verkaufen, und zwar an Bofrost, um mit dem Erlös kurzfristig Haushaltslöcher zu stopfen. Bofrost statt Bürgerwald – das ist Ihr Motto.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Sie verkaufen das, was den Menschen in diesem Land ganz besonders wichtig und wertvoll ist, nämlich ihre Heimat. Der Wald, der den Bürgerinnen und Bürgern gehört, wird Bofrost hinterhergeworfen. Das passt in Ihre gesamte Ideologie des „Privat vor Staat“.

(Beifall von der SPD)

Gnadenloser Verkauf von allem, was nicht niet- und nagelfest ist!

(Ewald Groth [GRÜNE]: Den Wald bringt uns demnächst das Bofrost-Männchen!)

Sie lassen sich auch durch keine Einwände von Fachleuten in Ihrer Meinung beeinflussen. Bei unserer Anhörung Anfang Februar dieses Jahres war sehr eindeutig ganz breiter Widerstand gegen den Verkauf zu vernehmen. Es wäre auch schön, wenn Sie einmal mit den Bürgermeistern vor Ort redeten. Gemeinde Dahlem, Gemeinde Kall, Gemeinde Helenthal, Gemeinde Nettersheim, Gemeinde Blankenheim, Stadt Schleiden, Stadt Bad Münstereifel – alle Bürgermeister vor Ort sind gegen den Verkauf des Waldes,

(Gisela Walsken [SPD]: Aha!)

übrigens CDU-Kollegen von Ihnen. Trotzdem kommt das bei Ihnen nicht an. Die Bürgermeister sind dagegen – gemeinsam mit den Umweltverbänden, gemeinsam mit den Waldbesitzerverbänden und auch gemeinsam mit unserer Umweltaus-

schussvorsitzenden, Frau Fasse, die diesen Verkauf als Vorsitzende der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald ebenfalls ablehnt. Auch der Landrat des Kreises Euskirchen ist nicht dafür.

Herr Kollege Pick hat sich im Ausschuss zunächst vehement für den Waldverkauf ausgesprochen. Dann gab es Druck zu Hause. Daraufhin hat er gesagt, man könne den Wald vielleicht als Kreis kaufen. Das hat seine CDU vor Ort aber auch nicht mitgemacht. Jetzt sind plötzlich wieder alle dagegen.

Der Waldverkauf ist also eine Zerreißprobe für Sie in der CDU. Geben Sie das doch einfach zu. Es herrscht Chaos pur bei dem, was Sie hier uns als solide Gegenfinanzierung verkaufen wollen.

(Beifall von der SPD)

Schauen Sie sich die Fakten an. Wir haben in Nordrhein-Westfalen ...

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Frau Kollegin Schulze, zwei Kollegen möchten Ihnen eine Zwischenfrage stellen: zum einen der Kollege Ellerbrock und zum anderen der Kollege Pick.

Svenja Schulze (SPD): Fangen wir mit Herrn Pick an. Die Frage von Herrn Ellerbrock würde ich lieber nicht zulassen, weil das immer sehr lange dauert, und die Frage von Herrn Pick annehmen.

(Zuruf von der SPD: Gemein! – Weitere Zurufe)

– Ja, das ist gemein. Das kann ich.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Bitte schön, Herr Kollege Pick.

Clemens Pick (CDU): Danke schön, Frau Kollegin Schulze, dass Sie mich hier zu Wort kommen lassen. – Ist Ihnen bekannt, Frau Kollegin Schulze, dass sich bei der Diskussion in den Sitzungen des Kreistages Euskirchen sowohl die SPD-Fraktion als auch die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen öffentlich gegen einen Waldkauf durch den Kreis Euskirchen ausgesprochen haben?

Svenja Schulze (SPD): Ja, Herr Pick. Das ist auch genau richtig. Wir wollen nämlich nicht, dass der Wald vom Land verkauft wird. Das ist genau die Politik, die wir nicht wollen. Kein Verkauf des Staatswaldes!

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Herr Pick, das bekommen Sie doch vor Ort auch mit. Der Druck ist enorm groß. Der Naturschutzbund sammelt Unterschriften gegen Sie.

(Clemens Pick [CDU]: Gegen mich nicht!)

Sie wollen dort ja als Landrat kandidieren. Sie sollten doch eigentlich wissen, wie die Situation vor Ort aussieht. Niemand vor Ort will, dass der Wald verkauft wird. Natürlich wird so etwas dann auch in der Kreistagsfraktion diskutiert. Das gehört sich auch so. Insofern: Ja, das ist unser Antrag. Und das ist auch gut so.

(Beifall von der SPD – Gisela Walsken [SPD]: Jetzt noch Herrn Ellerbrock nehmen! – Zuruf von Holger Ellerbrock [FDP])

– Herr Ellerbrock, diese Diskussion können wir lieber im Ausschuss führen. Das dauert zu lange.

Lassen Sie mich noch auf die Situation in Nordrhein-Westfalen eingehen. Mit einer Quote von 13 % haben wir die niedrigste Staatswaldquote aller Bundesländer. Trotzdem will diese Landesregierung noch Wald verkaufen. Wir brauchen den Staatswald aber. Sie haben es bei „Kyrill“ und den anderen Katastrophen doch gesehen. Wir brauchen den Wald, um nachhaltigen Naturschutz zu betreiben und um die ökologische Vielfalt zu erhalten. Wir brauchen den Wald aber auch für die Bürgerinnen und Bürger.

Sie können jetzt auch nicht so tun, als wollten Sie nur Restflächen verkaufen. Das sind keine Restflächen. Sie wollen 2,3 % des Waldbesitzes von Nordrhein-Westfalen veräußern. Sie tun das aus rein kurzfristigen Gewinninteressen. Denn wenn Sie ein bisschen genauer hinhören würden, was der Bund Deutscher Forstleute sagt, dann wüssten Sie: Das ist wirklich keine nachhaltige Politik.

(Ewald Groth [GRÜNE]: Sie machen das unter Jagdfreunden aus!)

Der BDF hat uns ausgerechnet, dass der Wald jedes Jahr 700.000 € Umsatz bringt. Sie verschern beln diese Einnahmequelle kurzfristig, um Löcher im Haushalt zu stopfen. Das ist keine nachhaltige und solide Finanzpolitik, für die Sie sich immer rühmen.

(Beifall von SPD und Ewald Groth [GRÜNE])

Sie verkaufen ein Stück der Heimat. Sie verkaufen den Wald der Bürgerinnen und Bürger. Bofrost ist Ihnen an dieser Stelle wichtiger als der Bürgerwald und als die Interessen der Menschen vor Ort.

(Gisela Walsken [SPD]: Man kennt sich ja!)

Das kann man eindeutig festhalten. „Bofrost statt Bürgerwald“ ist Ihr Motto. Man munkelt – der Kollege Groth hat das angesprochen –, dass es gewisse Verbindungen gibt. Der Vertrag wird noch hinterfragt. Auch das muss man prüfen.

(Das Ende der Redezeit wird signalisiert.)

– Ich komme gleich zum Schluss, Frau Präsidentin. – Uns macht sehr große Sorgen – ich bitte Sie, das zu überdenken –, dass Sie damit Fakten schaffen. Sie verkaufen den Wald. Sie verkaufen das Tafelsilber unseres Landes. Das kann man nicht einfach wieder

rückgängig machen. Sie können nicht nächstes Jahr den Wald einfach wieder zurückkaufen. Deswegen appelliere ich noch einmal an Ihre Vernunft. Kommen Sie zur Besinnung! Man soll die Hoffnung nie aufgeben. Verkaufen Sie den Bürgerwald nicht! Verkaufen Sie nicht einen Teil unserer Heimat! Stoppen Sie den Verkauf an Bofrost!

Die Menschen vor Ort wären Ihnen dankbar, ansonsten kommt die Abrechnung im Mai nächsten Jahres. Auch darauf freuen wir uns.

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Demonstrativer Beifall und Zuruf von Rainer Lux [CDU]: Wir auch!)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Kollegin Schulze. – Meine sehr verehrten Damen und Herren, als nächster Redner hat der Kollege Lux für die Fraktion der CDU das Wort.

(Ewald Groth [GRÜNE]: Was ist jetzt mit den geklauten Milliarden, Herr Kollege?)

Rainer Lux (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte im Zusammenhang mit dieser Debatte kurz auf das Zukunftsinvestitionsgesetz eingehen, das bisher kaum eine Rolle gespielt und angeblich so große Bedeutung hat. Es hat nicht „angeblich“ so große Bedeutung, sondern es hat so große Bedeutung.

(Beifall von Walter Kern [CDU])

Deswegen verwundert mich sehr, dass die Opposition bisher so stiefmütterlich mit diesem Gesetzentwurf umgegangen ist.

Ich will deutlich sagen, dass dieses Zukunftsinvestitionsgesetz entgegen mancher Aussage der Opposition einmal mehr unterstreicht, welche Bedeutung die Kommunen für die Landesregierung und für die sie tragende Koalition in Nordrhein-Westfalen haben. Deswegen ist der Satz, der aus Mitteln des Konjunkturprogramms an die Kommunen durchgereicht wird, in Höhe von 84 % spitze in der Bundesrepublik Deutschland. Auch bezüglich der Geschwindigkeit, mit der dieses Gesetz umgesetzt wird, ist Nordrhein-Westfalen spitze. In keinem anderen Bundesland steht den Kommunen so viel Geld so schnell zur Verfügung, um die Konjunktur zusätzlich zu stützen wie in Nordrhein-Westfalen.

Das ist eine hervorragende Leistung der Landesregierung. Ich möchte den beteiligten Ministern und der Staatskanzlei eine deutliche Anerkennung aussprechen. Darum beneiden uns ganz viele Länder. Wenn Sie etwas Stil hätten, würden Sie zugeben, dass diese Leistung der nordrhein-westfälischen Landesregierung sowohl vom Präsidenten des Deutschen Städtetages als auch vom Präsidenten des Städtetages Nordrhein-Westfalen und vom Präsidenten des Städte- und Gemeindebundes außerordentlich anerkannt wird.

(Beifall von Walter Kern [CDU])

Ich sage ganz deutlich: Wir bedanken uns ganz herzlich für die konstruktive Zusammenarbeit mit den kommunalen Spitzenverbänden. Das war eine tolle Gemeinschaftsleistung für die Kommunen.

Aber wird dürfen nicht vergessen, dass es sich um ein Konjunkturprogramm des Bundes handelt. In diesem Konjunkturprogramm – der Finanzminister hat darauf hingewiesen – gibt es eine Verwaltungsvereinbarung, die noch nicht von allen Seiten unterschrieben ist, in der aber auf Einzelheiten eingegangen wird.

Ich halte es für unverantwortlich, was einige Politiker auf Bundesebene, aber auch auf kommunaler Ebene veranstaltet haben. Denn sie haben gesagt: Nach dem Programm ist alles möglich; ihr könnt alles machen. Das haben sie in dem Wissen getan, dass das Programm Einschränkungen durch den Bund enthält. Es ist ein Konjunkturprogramm des Bundes, das von uns umgesetzt wird. Wir haben uns an die Vorgaben des Bundes zu halten.

Wir sehen, dass bis Ende Juni eine Grundgesetzänderung erfolgen soll, weil bisher aufgrund von Artikel 104 b Grundgesetz viele der Ankündigungen, die angeblich möglich sind, in Wirklichkeit nicht möglich sind. Deshalb müssen wir abwarten, was in dieser Neuregelung im Juni steht, damit die Kommunen nicht Gefahr laufen, Mittel aus den Programmen, die sie jetzt umsetzen, später bei der Prüfung durch den Bundesrechnungshof zurückzahlen zu müssen.

Meine Damen und Herren, ich kann überhaupt nicht verstehen – deswegen habe ich mich zu Wort gemeldet –, dass Sie heute mit Datum vom 1. April – vielleicht ist das ausschlaggebend – einen Änderungsantrag zum Zukunftsinvestitionsgesetz eingebracht haben. Bisher hat kein einziger Redner von der Opposition – weder von der SPD- noch von der Grünen-Fraktion – zu dem eigenen Antrag Stellung genommen oder ihn begründet. Das finde ich etwas merkwürdig.

(Martin Börschel [SPD]: Dann haben Sie mir nicht zugehört! Das habe ich getan!)

– Herr Börschel, ich habe Ihnen zugehört. Sie haben lediglich gesagt, dass dies kein Zukunftsinvestitionsgesetz, sondern ein Raubzug durch die Gemeindekassen sei. Das habe ich wohl verstanden.

(Martin Börschel [SPD]: Dann haben Sie sich zwischendurch ausgeblendet!)

– Herr Börschel, ich habe nicht verstanden, warum Sie diesem Gesetzentwurf letzte Woche im Ausschuss zugestimmt haben und heute auf einmal einen Änderungsantrag einbringen, von dem Sie in der letzten Woche überhaupt nicht gesprochen haben. Wenn Sie ein einigermaßen faires Verfahren gewünscht hätten, kann man erwarten, dass Sie bei der Ausschussberatung in der letzten Woche, als

über diesen Gesetzentwurf intensiv gesprochen werden sollte, Ihre Änderungswünsche eingebracht hätten. Das ist jedoch nicht erfolgt.

Heute, am 1. April, kommen Sie mit so einem Antrag in die Sitzung, der zudem – ich sage Ihnen auch, warum wir ihn ablehnen – rechtlich eventuell möglich wäre – das will ich gar nicht bestreiten –, aber die Kommunen aufs Glatteis führt. Denn wir wissen nicht, wie es um die Doppelförderung steht. Sie wissen, dass der Bund die Doppelförderung für Bundes- und Europaprojekte sowie für Förderprogramme ausdrücklich ausgeschlossen hat. Wir halten es für zu riskant, sie auf Landesebene zu ermöglichen. Deswegen lehnen wir das ab.

Wir meinen – dafür sprechen Bände –, dass in den Kommunen durch die Kommunen, durch freie Träger, durch Kirchen und durch Ersatzschulträger so viele Projekte angeschoben und beantragt worden sind, dass die zur Verfügung stehenden Mittel nicht ausreichen.

(Ewald Groth [GRÜNE]: Für die muss sich NRW in Berlin einsetzen! Wer regiert denn da?)

Aus diesem Grund werden wir den Änderungsantrag, den Sie eingereicht haben, ablehnen.

(Vorsitz: Präsidentin Regina van Dinther)

Ich möchte meine Ausführungen schließen, indem ich klar sage, dass diese Umsetzung deutlich macht, wer in Nordrhein-Westfalen kommunalfreundlich ist, nämlich die Landesregierung und die sie tragenden Koalitionsfraktionen. – Schönen Dank.

(Beifall von CDU und FDP – Lachen von der SPD)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Herr Lux. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht nun Herr Groth.

Ewald Groth (GRÜNE): Meine Damen und Herren! Frau Präsidentin! Nicht mehr als 5,6 Milliarden € will der Finanzminister bis 2012 jeweils Jahr für Jahr aufnehmen, aber auch nur, wenn sich die Steuerdaten nicht ändern. Das werden sie aber. Jetzt haben Sie ein Minus von 2,25 % der Wirtschaftsleistung zugrunde gelegt. Es drohen aber weitere 4 % bis 5 % Verlust. Dann wären wir nach Ihren eigenen Berechnungen schon bei einer Nettoneuverschuldung von über 9 Milliarden €. Vielleicht wird der Milliardenbetrag sogar zweistellig!

Dann hätten Sie aber immer noch höhere Steuereinnahmen als wir 2004, nämlich 6 Milliarden € mehr Steuereinnahmen. Was machen Sie denn damit, meine Damen und Herren?

Kommen Sie mir jetzt nicht mit der Inflation. Die rechnen wir Ihnen gerne noch dazu. Die Luft dafür ist noch locker da. Sie machen vielleicht 10 Milliar-

den € neue Schulden. Das sage ich Ihnen voraus, obwohl Sie in Preisen von 2004 immer noch höhere Einnahmen bekommen, als wir sie hatten. Das ist die Wahrheit.

Tränenreich erklären Sie dann, daran sei die böse Konjunktur schuld. Nein! Sie waren schon in guten Zeiten schlecht. Sie haben Party gemacht und gefeiert, dass Sie regieren. Sie haben nichts getan.

(Widerspruch von der CDU)

Jetzt will die Heuschreckenpartei FDP ihre alten Giftrezepte der Steuersenkung auch wieder als Routenplaner der Titanic-Wirtschaft herausholen.

Man will den Leuten weismachen, dass man 500 Milliarden € in die Banken stecken kann. Man will Betriebsbeteiligungen stemmen, Konjunkturpakete finanzieren, Steuern senken, ohne dass man merkt, dass man auf einen Schuldenberg zurast. Meine Damen und Herren, die Menschen im Land haben kein Rettungsboot. Wir werden Sie damit nicht durchkommen lassen.

Der Kapitän Linssen will die Rettung des Schiffes durch das Streichen von Fördermitteln im Städtebau, durch das Verschern von Wohnungsvermögen erreichen. Der Bremsweg ist sehr, sehr lang. Jetzt die Rettungsboote zu zerschneiden ist der falsche Weg, um aus dieser Krise herauszukommen. Übernehmen Sie endlich die Verantwortung dafür! – Danke schön.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Groth. – Nun erhält Herr Abgeordneter Sagel das Wort.

Rüdiger Sagel (fraktionslos): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Was wir hier erleben, ist eine Politik mit ungedeckten Schecks – nicht nur hier, sondern auch in Berlin. „Privat vor Staat“ bleibt Ihre Devise, und die Heuschreckenpartei FDP fordert jetzt sogar die vollständige Privatisierung des Gesundheitswesens. Das ist die Realität.

Die Steuern brechen weg; auch das ist die Realität Ihrer Krise.

(Zuruf von der CDU: Der Linken auch!)

Die ständigen Unternehmenssteuerreformen haben es nicht besser gemacht. Auch das ist ein Problem, warum wir jetzt so eine miserable finanzielle Situation haben. Bezahlen für alles sollen letztlich die Bürgerinnen und Bürger. Jetzt wird auch der Chor bereits angestimmt, den Gürtel enger zu schnallen. Das ist Ihre neueste Devise, auch in Berlin.

In NRW kündigt der Finanzminister an, es gebe keinen Platz für neue Begehrlichkeiten. Die Landesregierung werde aber von ihrem Konsolidierungskurs

nicht abweichen. Man fragt sich: Was für ein Konsolidierungskurs?

106,8 Milliarden € war der Schuldenstand. Jetzt sind wir bei 122 Milliarden €. Das geht rasant weiter. Im Durchschnitt sind das 4 Milliarden € neue Schulden pro Jahr. Das nennen Sie Konsolidierungskurs. In diesem Jahr sind es 5,6 Milliarden €. Das ist hier die Realität.

Statt Schutzschirme für die Menschen werden weiter hunderte Milliarden für die Banken und ihre Zocker, die sich immer noch mit sogenannten Leistungsprämien bedienen, ausgegeben. Da fragt man sich: Welche Leistungen haben diese Bankmanager vollbracht? Die Leute im Land haben verstanden, und niemanden wundert das. Niemand glaubt mehr Ihrer Politik.

Noch vor Kurzem wurden alle Vorschläge der Linken zur Vergesellschaftung von Unternehmen abgelehnt. Mittlerweile bedienen Sie sich relativ problemlos bei unseren Vorschlägen. Das ist auch sehr interessant. Vor einiger Zeit wurde ich hier noch lächerlich gemacht. Mittlerweile reden Sie selber von Vergesellschaftung. Das ist schon alles Schnee von gestern.

Bezahlt werden sollen die Defizite aber von den Bürgerinnen und Bürgern. Ich kann Ihnen sagen: Sozialisierung haben wir uns so nicht vorgestellt, nämlich dass die Millionensummen, die hier privatisiert werden, von der Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger bezahlt werden sollen, dass die sozialisiert und die Gewinne von den Bankern privatisiert werden.

Dieser Tage haben wir mit Herrn Zumwinkel wieder ein sehr treffendes Beispiel erlebt. Genau das ist Ihre Politik, und Sie schauen diesem Treiben fast tatenlos zu.

Genauso überfordert sind Sie offensichtlich auch mit dem neuen Haushalt NRW. Eine ganz wichtige Maßnahme haben Sie hier gerade zum Besten gegeben: 38 neue Stellen. Die Abgeordnete Freimuth von der FDP redet davon, dass schon in zwei Wochen bei den Bezirksregierungen die Verteilung an die Kommunen beginnen soll. Die 38 Stellen sollen aber jetzt gerade erst im Haushalt beschlossen werden. Ich bin sehr gespannt, wie das alles so gehen soll.

(Ewald Groth [GRÜNE]: 18 für die FDP, 20 für die CDU, ganz einfach!)

Offensichtlich geht das alles nicht. Das ist schon sehr widersprüchlich, was Sie hier von sich geben.

Die Krise lässt NRW immer tiefer ins Minus sinken. Durch die Verdreifachung der zunächst geplanten Neuverschuldung auf den Rekordstand von jetzt 5,6 Milliarden € haben wir einen künftigen Schuldendienst von mehr als 5 Milliarden € pro Jahr. Wir gehen langsam aber sicher auf einen jährlichen Schuldendienst von 6 Milliarden € zu. Auch das ist

Ihr Konsolidierungskurs. Es ist ein Witz. Es ist ein Kahler Asten der Verschuldung, den Sie hier eingerichtet haben.

Auch den Ministerpräsidenten, der jetzt leider nicht anwesend ist, müsste man eigentlich ansprechen: Herr Ministerpräsident, Sie waren ja gerade in den USA. Sie wollen da mit General Motors geredet haben. Niemand weiß aber, wie es bei Opel weitergehen soll. Das Thema werden wir gleich noch besprechen.

Unter dem Motto „Wir zahlen nicht für eure Krise“ sind wir und die Gewerkschaften am letzten Wochenende auf die Straße gegangen.

(Sören Link [SPD]: Wer ist denn „wir“? Die 20 Leute, die Sie haben?)

Wir werden uns auch weiterhin gegen eine solche Politik wenden, wie sie hier gemacht worden ist. Die Haushalts- und Finanzpolitik in Nordrhein-Westfalen geht in die völlig falsche Richtung. Wir haben mittlerweile über 540.000 Kinder, die unter Hartz-IV-Bedingungen groß werden. Da machen Sie jetzt offensichtlich Bildungspolitik. Das ist doch eine Frechheit, was Sie hier erzählen. Ihre Politik geht doch an den Realitäten der Menschen im Land längst vorbei.

Präsidentin Regina van Dinter: Herr Sagel, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Rüdiger Sagel (fraktionslos): Ich komme zum Schluss. – Dieser Haushalt ist eine Katastrophe. Er ist eine Bilanz des Scheiterns mit ungedeckten Schecks. Das ist Ihre Politik.

Präsidentin Regina van Dinter: Herr Rimmel, bitte schön.

Johannes Rimmel (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte für meine Fraktion noch zwei Anmerkungen zu Sachverhalten machen, die jetzt im Nachtragshaushalt enthalten sind, Gott sei Dank zumindest was die erste Sache betrifft, nämlich dass die Landesregierung die Gelder für die Wohnungslosenhilfe wieder eingestellt hat. Für die Menschen ist das gut. Das ist erfreulich. Wir sind froh darüber. Bedauerlich ist, dass Sie in den Haushaltsberatungen zum Haushalt 2009 nicht die Größe hatten, den entsprechenden Änderungsanträgen der Oppositionsfraktionen zuzustimmen.

Aber wir möchten noch anmerken – wir haben dazu auch einen Entschließungsantrag gestellt –, dass es, wenn man das Programm einstellt, auch notwendig ist, die Erkenntnisse aus entsprechenden Studien, die es gegeben hat, zielgruppenorientiert umzusetzen und dass dann auch die Programmstel-

le wieder eingerichtet werden muss, um das entsprechend zu koordinieren.

Wenn Sie bereit sind, diese Zusagen zu machen, wären wir auch bereit, unseren Entschließungsantrag zurückzuziehen. Dann wäre das wirklich ein gutes Ende einer langen Diskussion. Die hätten wir uns insgesamt ersparen können. Aber nun ist es so. Für die Menschen ist es die richtige Entscheidung.

Eine zweite Anmerkung möchte ich auch noch machen. Frau Schulze hat ja schon auf die Problematik Waldverkauf hingewiesen. Der Kreistag des Kreises Euskirchen hat einstimmig entschieden und appelliert – das möchte ich gerne hier an den Landtag weitergeben –, dass der Wald in öffentlicher Hand bleiben soll und muss. Zum Zweiten hat er darum gebeten – auch das als Appell an die Koalitionsfraktionen hier –, zeitlich Aufschub zu bekommen, mindestens das Jahr 2009, um über Konzepte, auch vielleicht Kommunalkonzepte, nachdenken zu können. Diese Frist sollten wir, sollten die Koalitionsfraktionen dem Kreis Euskirchen gewähren. Denn es sind ja nicht nur die Grünen, es ist nicht nur die SPD, sondern es ist eine breit getragene Bewegung in der Region, die sagt: Bitte verkauft den Wald nicht! Lasst ihn in öffentlicher Hand! Der Landtag sollte diesem Appell nachkommen und dafür offene Ohren haben.

(Beifall von der SPD)

An der Stelle möchte ich ganz persönlich die Kolleginnen und Kollegen der Koalitionsfraktionen ansprechen. Bei der Verabschiedung des Haushaltes 2008 konnten Sie sich noch dahinter verkriechen, zu sagen, zum einen ist das notwendig für die Haushaltskonsolidierung und zum zweiten sollte ja kein Staatswald verkauft werden – so jedenfalls damals die Äußerungen von Frau Fasse und von Frau Brunert-Jetter.

Das geht nun nicht mehr. Es ist klar, worum es geht. Es geht um den Staatswaldverkauf. Deshalb: Frau Fasse, Frau Brunert-Jetter, Herr Pick, Herr Seel, Herr Wolf und Herr Wirtz – alle mit Bezügen zur Region und zum Thema –, hier und heute haben Sie die Chance, durch Zustimmung zu unserem Antrag dem Anliegen, das Sie teilen und das die Region teilt, nachzukommen. Ich fordere Sie auf, das zu tun.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Rimmel. – Gibt es weitere Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Wir sind damit am Schluss der Beratung und kommen zur Abstimmung.

Erstens stimmen wir ab über den **Änderungsantrag** der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/8945**. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind SPD und Grü-

ne. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Wer enthält sich der Stimme? – Herr Sagel. Damit ist dieser Änderungsantrag **abgelehnt**.

Wir kommen zweitens zur Abstimmung über den Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/8644, Zukunftsinvestitionsgesetz. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in der **Beschlussempfehlung Drucksache 14/8887**, den Gesetzentwurf in der Fassung seiner Beschlüsse anzunehmen. Wer dieser Beschlussempfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – CDU, FDP und SPD. Wer möchte nicht zustimmen? – Herr Sagel. Wer enthält sich der Stimme? – Das ist die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Damit ist diese Empfehlung mit großer Mehrheit **angenommen** und der Gesetzentwurf der Landesregierung in zweiter Lesung verabschiedet.

Drittens kommen wir zur Abstimmung über den **Änderungsantrag** von Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/8934**. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Herr Sagel. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Wer enthält sich der Stimme? – Niemand. Dann ist dieser Änderungsantrag **abgelehnt**.

Wir kommen viertens zur Abstimmung über den Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/8650, Nachtragshaushalt. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in der **Beschlussempfehlung Drucksache 14/8886**, den Gesetzentwurf der Landesregierung unverändert anzunehmen. Wer dieser Beschlussempfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – CDU und FDP. Wer ist dagegen? – SPD und Grüne und Herr Sagel. Wer enthält sich der Stimme? – Niemand. Dann ist die Beschlussempfehlung **angenommen** und der **Gesetzentwurf Drucksache 14/8650 in zweiter Lesung verabschiedet**.

Gemäß § 73 Abs. 2 der Geschäftsordnung sind Gesetzentwürfe zum Haushalt in drei Lesungen zu beraten. Die Fraktionen haben sich darauf verständigt, die dritte Lesung des Nachtragshaushaltsgesetzes unmittelbar im Anschluss an die zweite Lesung durchzuführen. Die Beratungsgrundlage für die dritte Lesung sind die Beschlussempfehlung und der Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses zur zweiten Lesung Drucksache 14/8886. Eine Debatte ist in der dritten Lesung nicht vorgesehen.

Wir kommen deshalb unmittelbar zur Abstimmung. Ich lasse abstimmen über den Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/8650 entsprechend der **Beschlussempfehlung** des Haushalts- und Finanzausschusses **Drucksache 14/8886**. Er empfiehlt, den Gesetzentwurf zum Nachtragshaushalt unverändert anzunehmen. Wer dieser Beschlussempfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – CDU und FDP. Wer ist dagegen? – SPD und Bündnis 90/Die Grünen und Herr Sagel. Wer enthält sich der Stimme? – Nie-

mand. Damit ist diese Beschlussempfehlung angenommen und der **Gesetzentwurf Drucksache 14/8650 in dritter Lesung verabschiedet**.

Schließlich kommen wir zur Abstimmung über den **Entschließungsantrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/8923** zum Nachtragshaushaltsgesetz. Wer diesem Entschließungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Herr Sagel. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Damit ist der Entschließungsantrag **abgelehnt**.

Meine Damen und Herren, es gibt eine persönliche Erklärung von Herrn Pick. – Bitte schön, Herr Pick.

(Ewald Groth [GRÜNE]: Jetzt sind wir aber mal gespannt!)

Clemens Pick (CDU): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch im Namen der Kolleginnen Ilka von Boeselager, Marie-Luise Fasse und des Kollegen Rolf Seel möchte ich eine persönliche Erklärung abgeben:

Wir haben dem Nachtragshaushaltsgesetz im Landtag zugestimmt, weil diese Entscheidung notwendig und wichtig ist, damit das Konjunkturpaket II auf den Weg gebracht wird und wirtschafts- und arbeitsmarktpolitische Stabilisatoren eingebaut werden. Wir haben dies aus gesamtstaatlicher Verantwortung getan, weil es notwendig ist, um die weiteren Aufgaben zu erfüllen und die Wirtschaft anzukurbeln.

(Gisela Walsken [SPD]: Ja, ja, ja!)

Mit dem Haushalt haben wir im Einzelplan 10, Kapitel 10 240, auch den Verkauf der Eifelwaldflächen verabschiedet. Dem Änderungsantrag von Bündnis 90/Die Grünen haben wir nicht zustimmen können, weil er unseriös ist, keinen Deckungsvorschlag beinhaltet und damit der gesamte Nachtragshaushalt gefährdet wäre.

(Lachen von SPD und GRÜNEN – Rüdiger Sagel [fraktionslos]: Pharisäer! – Gisela Walsken [SPD]: Durchsichtiges Manöver!)

– Meine Damen und Herren, nun beruhigen Sie sich doch. Wir halten die Entscheidung, die Eifelwaldflächen zu veräußern, für die Region Eifel, insbesondere für die Menschen in den sechs betroffenen Städten und Gemeinden, aber auch für das Land für nachteilig.

(Martin Börschel [SPD]: Dann können Sie ja einen Änderungsantrag stellen! – Beifall von SPD und GRÜNEN)

Zu befürchten ist, dass bei einem Verkauf an eine private Familienstiftung zwar die gesetzlichen Vorgaben eingehalten werden, aber insgesamt Nachteile in den Bereichen großflächiger Naturschutz, Artenschutz, Fremdenverkehr und Tourismus entstehen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Rüdiger Sagel [fraktionslos]: Hört, hört! – Svenja Schulze [SPD]: Ganz genau! – Gisela Walsken [SPD]: Wo ist der Antrag?)

Auch ist zu befürchten, dass die Sozial-, Wohlfahrts- und Erholungsfunktionen Einschränkungen erfahren. Wir würden es von daher begrüßen, wenn in Verhandlungen mit dem Kreis Euskirchen und den sechs betroffenen Städten und Gemeinden eine Lösung gefunden würde, diese Flächen ins kommunale Eigentum zu übernehmen. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von einzelnen Abgeordneten der SPD)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Pick. – Damit ist dieser Tagesordnungspunkt erledigt.

Wir kommen zu:

4 Opel am Standort Bochum erhalten – Jetzt einen Pakt des Vertrauens schmieden!

Eilantrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/8925

In Verbindung mit:

11 Sicherung des Automobilstandorts Bochum

Antrag
des Abgeordneten
Rüdiger Sagel (fraktionslos)
Drucksache 14/8869

Die verbundene Beratung geht auf eine Vereinbarung unter den Fraktionen zurück.

Ich eröffne die Beratung und gebe Frau Kraft von der SPD-Fraktion das Wort.

Hannelore Kraft (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Heute um 11 Uhr las ich bei „ddp“ folgende Meldung: „Rüttgers fordert Industriepolitik zur Bekämpfung der Krise.“ Zitat: „Wir brauchen industrielle Produktion in Verbindung mit Wissensgesellschaft und Innovation. Von Finanzprodukten können 80 Millionen Deutsche nicht leben.“ – Meine Damen und Herren, der Ministerpräsident hat recht.

(Beifall von der SPD)

Es ist schade, dass er an der Beratung über diesen Tagesordnungspunkt aufgrund anderweitiger Terminverpflichtungen nicht teilnehmen kann, denn wir haben genau aus diesem Grund den Eilantrag „Opel am Standort Bochum erhalten“ gestellt. Auch dort geht es darum, Forschungs- und Entwicklungs-

kapazitäten zu organisieren, zu verzahnen und zu verstärken, damit die Produktion des Zukunftsautos Ampera nach Bochum kommt, wo sie hingehört, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Damit das geschehen kann, brauchen wir eine klare politische Linie des Landes in der Problemsituation Opel. Diese ist überhaupt nicht zu erkennen.

(Beifall von der SPD)

Ich habe einmal die Zitate, die wir seit vielen Monaten von der Landesregierung geliefert bekommen, aufgelistet. Ich zitiere mit Erlaubnis der Präsidentin als Erstes die „Westdeutsche Zeitung“ vom 15. November. Ministerpräsident Rüttgers: „Opel darf nicht sterben. Die Länder werden dem Unternehmen mit Bürgschaften helfen.“

Dann kam zur Jahreswende die von ihm angestoßene Debatte zu direkten Beteiligungen des Staates an Unternehmen. Am 12. Januar war in der „WAZ“ zu lesen – Zitat Rüttgers –: „Es kann sein, dass gesunde Unternehmen, die eine besondere Bedeutung auch für andere Unternehmen haben, mit einer vorübergehenden Staatsbeteiligung gerettet werden müssen.“

Gleichzeitig stand in der „WAZ“: „Für Nottfälle sind direkte Beteiligungen des Staates an krisengeschüttelten Betrieben nicht ausgeschlossen.“ – Das hat er am gleichen Tag auch in der „Financial Times Deutschland“ mitgeteilt.

Dann folgte seine USA-Reise. Als er zurückkam, las ich etwas erstaunt in der „Zeit“ vom 26. Februar – ich zitiere –: „Eine Staatsbeteiligung bei Opel wäre im Übrigen völlig falsch, es kann allenfalls um Bürgschaften gehen.“

Am 2. März folgt Herr Laumann in der „Welt“ – Zitat –: „Eine Staatsbeteiligung darf kein Tabu sein.“

Am 4. März, zwei Tage später, Frau Ministerin Thoben im Wirtschaftsausschuss: Das Land kann und wird nicht in eine Beteiligung einsteigen. – In diesem Zusammenhang hat sie sogar von Schwachsinn gesprochen; das Wort hat sie dort benutzt.

Zeitgleich, am 4. März, in der „Rheinischen Post“: Bundeskanzlerin Merkel erklärt, Opel sei kein systemrelevantes Unternehmen.

Herr Minister Schäuble regt am 7. März in der „NRZ“ an, eine Insolvenz – Zitat – ernsthaft in Betracht zu ziehen.

Dann lese ich voller Erstaunen in einer „dpa“-Meldung vom 17. März über ein Interview unseres Ministerpräsidenten bei RTL zum Thema Bürgschaften Folgendes: Der Staat müsse dann nicht Miteigentümer von Opel werden. Das sei eine Lösung – Zitat –, die wir alle von Anfang an hier angestrebt haben.